II-3529 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1896/J

1988-03-18

A N F R A G E

der Abgeordneten Geyer und Genossen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend die Situation der Asylwerber in Österreich

In den letzten Jahren wurde in der Öffentlichkeit zunehmend Besorgnis über ein Anschwellen des Flüchtlingsstroms nach Österreich geäußert. Wohl nicht zuletzt deswegen besteht die österreichische Politik gegenüber diesem Problem im wesentlichen anscheinend darin, Asylwerber so schlecht zu stellen, daß vor einer Flucht nach Österreich abgeschreckt werden solle. In diesem Zusammenhang erscheint auch die mangelhafte Absicherung und Betreuung der Flüchtlinge verständlich, die praktisch darauf hinausläuft, ihnen in Traiskirchen Kost und Logis zur Verfügung zu stellen, darüber hinaus aber keinerlei Möglichkeiten z.B. legal zu arbeiten, zu bieten. Trotzdem ist eine Anzahl von Flüchtlingen entschlossen, in Österreich zu bleiben und sich hier eine neue Existenz aufzubauen. Unter den gegebenen Umständen ist das allerdings ein nahezu aussichtsloses Unterfangen. Abgesehen von der Verpflichtung, die Österreich durch die Genfer Konvention eingegangen ist, erscheint eine derartige Einstellung gegenüber den in Österreich bleibenden Flüchtlingen zumindest als kurzsichtig, aufgeschobene Probleme tendieren dazu größer zu werden.

Deshalb stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E

1. Wieviele Asylwerber kamen aus welchen Herkunftsländern seit 1980 nach Österreich?

2. Wieviele Asylwerber betrachten Österreich während dieses Zeitraumes (1980 - 1987) lediglich als Transitland und wie viele erklärten, ständig in Österreich bleiben zu wollen (aufgegliedert nach Nationalitäten)?

3. Wieviele Flüchtlinge wurden seit 1980 als Konventionsflüchtlinge anerkannt (aufgegliedert nach Nationalitäten)?

4. Wieviele anerkannte Konventionsflüchtlinge wählten seit 1980 Österreich als ihre neue Heimat (aufgegliedert nach Nationalitäten)?

5. Welche Maßnahmen wurden seit 1980 getroffen, um sowohl Asylwerber als auch Konventionsflüchtlinge, die in Österreich bleiben wollen,

bei ihrer sozialen und beruflichen Integration zu unterstützen? Wie hoch waren die budgetären Mittel seit 1980, die hiefür vom Bundesministerium für Inneres eingesetzt wurden, und wieviele Flüchtlinge (aufgegliedert nach ihrer Nationalität) wurden durch derartige Maßnahmen gefördert?

6. Welche Einrichtungen der freien Wohlfahrt und Organisationen, die im Bereich der Flüchtlingshilfe tätig sind, wurden 1987 mit welchen Beträgen vom Bundesministerium für Inneres unterstützt? Für welche Zwecke wurden diese budgetären Mittel gewährt?

7. Welche Maßnahmen und budgetären Mittel wurden vom Bundesministerium für Inneres für 1988 vorgesehen, um insbesondere auch Asylwerber und Konventionsflüchtlinge aus Ländern der Dritten Welt bei ihrer sozialen und beruflichen Integration in Österreich zu fördern?

8. Besteht die Absicht, im Bundesministerium für Inneres einen Beirat für Flüchtlingsfragen zu gründen, dem neben Vertretern des Bundes, der Länder und Gemeinden auch Vertreter der Flüchtlinge angehören?

9. Beabsichtigt das Bundesministerium für Inneres die Vergebung eines Forschungsauftrages zur umfassenden Untersuchung der Lage und Probleme von Asylwerbern und Konventionsflüchtlingen in Österreich? Wenn nicht, welche Gründe sprechen gegen die Durchführung einer derartigen Untersuchung?